

---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **DR. NAAS ZUR ABWEHR VON DROHNEN AM FRANKFURTER FLUGHAFEN**

24.04.2019

---

- **Landesregierung muss Zuständigkeitsmikado beenden**
- **Zuwachs der Drohnenvorfälle in Frankfurt um mehr 100 %**
- **Zuständigkeit für Drohnenabwehr an Flughafen übertragen**

WIESBADEN – „Die Gefährdung durch Drohnen und der Umgang von Politik und Behörden mit dieser Gefahr lässt uns staunen. Angesichts des Anstiegs der Vorfälle um mehr als 100 % im Jahr 2018 und der Tatsache, dass zwischenzeitlich 500.000 Drohnen in Deutschland im Privatbesitz sind, braucht es klare Zuständigkeiten und technische Lösungen, um die Sicherheit der Fluggäste zu garantieren. Die Abwehr mit einer Schusswaffe oder einem Wasserstrahl, wie die Antworten der Bundes- und Landesregierung auf unsere Anfragen vorschlagen, können ja wohl nicht ernsthaft eine Lösung für das wachsende Problem sein. Die Landesregierung muss endlich das Zuständigkeitsmikado beenden und sich koordinierend einbringen. Es darf nicht gelten, wer sich zuerst bewegt, verliert. Wir brauchen klar geregelte Zuständigkeiten zwischen Bundes- und Landespolizei sowie Flughafenbetreibern. Es ist nicht nachvollziehbar, dass man sich im Zweifel bei einem Angriff erst um Zuständigkeiten streitet“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Dr. Stefan NAAS.

Dr. NAAS weiter: „Wir Freie Demokraten fordern von der Landesregierung, dass sie die Voraussetzungen für eine Übertragung der Drohnenabwehr auf den Flughafenbetreiber prüft. Von hoheitlicher Seite wären dann die Anforderungen und das Qualitätsmanagement sicherzustellen und zu kontrollieren, während der Flughafenbetreiber sich um die technische Umsetzung von Erkennungs- und Abwehrsystemen kümmert. Wir können nicht warten, bis wir zum ersten Mal Zustände wie

in London haben und der Flughafen zeitweise geschlossen werden muss oder gar etwas passiert. Die Londoner Flughäfen haben bereits ein Abwehrsystem installiert. Das größte deutsche Drehkreuz in Frankfurt muss sicherheitstechnisch auch auf dem neuesten Stand sein. Darauf hinzuwirken, ist auch Aufgabe der Landesregierung, die sich hier bislang nicht mit Aktivitäten hervorgetan hat.“

---

**Kontakt:**

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)